

Beschluss (vorläufig)

Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie

Die Anschläge in Paris haben uns auf schreckliche Weise die Verletzlichkeit unserer offenen, demokratischen Gesellschaft vor Augen geführt. Sie zielten auf uns alle, auf unsere Werte, unsere Lebensart und nicht zuletzt unsere Lebensfreude. Sie stehen in einer Reihe mit den entsetzlichen Anschlägen von Ankara, Sinai, Beirut und aktuell Mali.

Voller Trauer gedenken wir der Opfer dieser mörderischen Anschläge. Wir sind voller Mitgefühl für die vielen Verletzten, für die Familien, Freundinnen und Freunde der Opfer.

Wir sind solidarisch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Paris und loben ihren Mut und ihre Stärke, trotz der Anschläge und der Verstörung erhobenen Hauptes durch die Straßen der französischen Hauptstadt zu gehen. Sie zeigen damit deutlich: Paris ist und bleibt eine Stadt der Freiheit, der Lebensfreude, der Demokratie, der Offenheit und Toleranz.

Wir werden nicht einknicken vor denen, die diese Werte mit Terror, Gewalt und Fanatismus zerstören wollen. Denn die Stärke unserer Gesellschaft liegt darin, gerade in solchen Krisen zusammenzustehen, Freiheit zu verteidigen, Vielfalt zu leben und gegenseitigen Respekt zu zeigen. Die Anschläge reihen sich ein in vorangegangene Attacken wie in Beirut oder auf ein russisches Passagierflugzeug. Auch hier wurden hunderte Menschen Opfer des fanatischen Terrors.

ISIS hat sich zu den Anschlägen bekannt. Doch es müssen noch viele Hintergründe zu den Anschlägen aufgeklärt werden. Auch für die Terrorwarnung in Hannover und die Absage des Länderspiels am vergangenen Dienstag gilt: die Hintergründe und Vorgänge liegen im Dunklen. Es verbietet sich jede Scharfmacherei. Wir warnen vor Forderungen nach schärferen Sicherheitsgesetzen. Sie helfen uns derzeit überhaupt nicht weiter und sind sogar kontraproduktiv, was die dringend benötigte Aufklärung und das besonnene Analysieren der schrecklichen Taten, eventueller Versäumnisse und Sicherheitslücken angeht.

Zusammenstehen in Europa für Freiheit und Demokratie

Die Anschläge von Paris verdeutlichen einmal mehr, dass wir in Europa zusammenstehen müssen. Die Krisen im Innern wie im Äußeren können wir nur gemeinsam meistern. Weitere Abschottung, das Errichten neuer Mauern, die Verweigerung von Solidarität in der Flüchtlingsfrage, nationale Lösungen und Alleingänge führen in die Sackgasse. Wir brauchen gerade jetzt gemeinsame, europäisch abgestimmte Antworten und Lösungen. Allen Versuchen, jetzt Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu propagieren und anzuheizen oder in eine Kriegsrhetorik der Rache zu verfallen, treten wir entschieden entgegen. ISIS hat auch unseren offenen und demokratischen Gesellschaften den Krieg erklärt. Wir dürfen diese Kriegserklärung nicht als „Ruf zu den Waffen“ annehmen. ISIS muss man auch militärisch bekämpfen – doch besiegen kann man

sie nur politisch. Den barbarischen Anschlägen müssen wir als freie und offene Gesellschaft mit Rationalität begegnen, nicht mit Panik und Kopflösigkeit.

Wir wollen eine besonnene Debatte, die die Sicherheitsbedürfnisse und Ängste der Menschen anerkennt, notwendige Konsequenzen ermöglicht und nicht auf Verängstigung oder Ausgrenzung setzt. Wir werden uns immer wieder die Frage stellen, wie wir Sicherheit und Freiheit in ein angemessenes Verhältnis setzen können. Unserem Verständnis nach muss die Sicherheit im Dienst der Freiheit stehen.

Wir brauchen eine genaue Analyse der Bedrohungslage und vor allem Erkenntnisse darüber, wie die Anschläge geplant und durchgeführt werden konnten, obwohl die Sicherheitsgesetze in Frankreich nach dem Terroranschlag im Januar auf die Redaktion von Charlie Hebdo noch einmal deutlich verschärft wurden. Auch müssen wir uns die Frage stellen, ob alle Hinweise auf die Anschläge rechtzeitig an die französischen Sicherheitsbehörden weitergegeben wurden.

Auch die Radikalisierung der Täter*innen wirft Fragen auf. Insbesondere wenn sich die bisherigen Erkenntnisse bestätigen, dass sie in Europa geboren und aufgewachsen sind. Die Gründe für die Radikalisierung junger Frauen und Männer, Kinder unserer Gesellschaften, sind so bekannt wie mannigfaltig. Die richtigen Antworten darauf sind komplex und erfordern große gesellschaftliche und ordnungspolitische Anstrengungen, Geduld, vor allem aber den Schulterchuss der Demokrat*innen gegen die Fanatiker aller Couleur. Diese Antworten müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten diskutieren und darüber streiten, welche Konsequenzen sich daraus auch für Anforderungen an Integrationspolitik ergeben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass führende Vertreter*innen der Sicherheitsbehörden die Bedeutung von Integration als beste Prävention betonen. Neben der Abwehr akuter Bedrohungen muss der Fokus deshalb viel stärker auf Integration sowie auf Prävention liegen. Wirksamstes Mittel gegen den Terror ist es, das Problem an der Wurzel zu packen und die Radikalisierung von Menschen im Vorfeld zu verhindern. Hier müssen wir deutlich mehr investieren.

Die innere Sicherheit muss zukünftig aber auch auf einer besseren und rechtsstaatlichen Vernetzung der Polizeiarbeit und einer Angleichung rechtsstaatlicher Standards auf hohem Niveau beruhen, damit eine verbesserte Abstimmung der Sicherheitsorgane auf europäischer und internationaler Ebene erreicht werden kann. Zur Wahrung der inneren Sicherheit setzen wir auf eine zielgerichtete und engmaschige Polizei- und Präventionsarbeit bei konkreten Verdachtsmomenten statt einer europaweiten Beschränkung der Bürgerrechte und einer Beschneidung unserer Freiheiten, durch anlasslose Massenüberwachung und Vorratsdatenspeicherung. Statt ständig neue Datenberge anzuhäufen, brauchen wir eine personell und materiell besser ausgestattete, bestens ausgebildete und kulturell vielfältige Polizei, die intensiv mit den Sicherheitskräften in anderen europäischen Staaten zusammenarbeitet. Wir wenden uns gegen eine Verfassungsänderung, mit der ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht werden soll.

Flüchtlinge schützen, nicht stigmatisieren

Einer Instrumentalisierung der Anschläge für eine Politik der Flüchtlingsabwehr, für neue Mauern und Grenzen, für die Aussetzung der Reisefreiheit und für eine Re-Nationalisierung erteilen wir eine klare Absage. Die Terroristinnen und Terroristen dürfen keinen Erfolg damit haben, Hass, Spannungen und Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen und Religionen in unserer europäischen Gesellschaft zu säen.

Viele Menschen, die nach Europa kommen, flüchten genau vor solchem Terror und solcher Gewalt, wie wir sie in Paris oder Beirut erleben mussten. Sie hoffen in Europa endlich in Frieden und Freiheit leben zu können. Daher wenden wir uns gegen alle Versuche, diese Menschen zu stigmatisieren. Wir stehen uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl, das auch eine Konsequenz und Lehre aus unserer eigenen Geschichte ist.

Selbstverständlich muss kontrolliert werden, wer nach Europa einreist und wer ausreist. Populistische Forderungen nach einer Re-Nationalisierung, einem Aussetzen der Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums oder gar dem Ziehen neuer Grenzzäune helfen dabei überhaupt nicht. Es braucht europäische Lösungen, ein stärkeres Engagement der Bundesregierung und auch anderer europäischer Regierungen, damit eine effektive und rechtsstaatliche Kontrolle der Schengen-Außengrenzen stattfinden kann.

Die Bundesregierung fordern wir auf, endlich dafür Sorge zu tragen, dass alle Flüchtlinge zeitnah registriert werden. Erst damit ergibt sich ein Wissen, wer sich in unserem Land aufhält und auch erst so können Flüchtlinge umfassende Unterstützung erhalten.

Außen- und Sicherheitspolitik mit Augenmaß

Auch die deutsche Außenpolitik ist gefordert, den bestmöglichen Schutz der eigenen Bürger*innen und der offenen Gesellschaft gegen Gewaltbedrohungen von außen zu gewährleisten.

Die Mitglieder der Europäischen Union haben Frankreich nach Artikel 42 Absatz 7 im EU-Vertrag ihren Beistand und ihre Solidarität zugesagt, erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union. Angesichts der furchtbaren Attacken ist europäische Solidarität das Gebot der Stunde. Wir werden etwaige Anfragen aus Frankreich sorgfältig und gewissenhaft prüfen, wobei für uns klar ist: Am Ende kann es immer nur eine politische Lösung geben. Leitlinien unserer Entscheidung werden Völkerrechtskonformität, Verhältnismäßigkeit, das Primat der Politik und vor allem die vorherige Entwicklung einer stimmigen politischen Strategie sein, wie wir sie in den vergangenen Jahren erarbeitet haben.

Auch für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus gilt: Sicherheitspolitik muss mit Augenmaß gemacht werden. Die Erfahrung zeigt, dass Militär hierzu nur einen sehr begrenzten Beitrag leisten kann. Zu oft ist er sogar kontraproduktiv. Der Angriff auf den Irak, der unter dem Vorwand der Terrorabwehr geführt wurde, hat im Gegenteil den Boden dafür bereitet, dass heute terroristische Gruppen dort ihr Unwesen treiben können. Der Irak-Krieg oder der extralegale Drohnenkrieg der USA im Rahmen des „War on Terror“ in Ländern wie Pakistan oder Jemen waren ein weiterer Motor für die Radikalisierung junger Menschen ohne Perspektive.

„Ordnungslose“ Räume wie in Syrien sind der beste Nährboden für Terrorismus. Es bedarf daher dringender denn je politischer Initiativen zur Lösung der Krisen an den Rändern Europas. Der Krieg tobt schon seit Jahren. Das zentrale Feld eines effektiven Kampfes gegen ISIS ist der Irak. Im Kern ist die Organisation irakisch, getragen von den ehemaligen Kadern Saddam Husseins. Im Irak gibt es - im Gegensatz zu Syrien - weiterhin eine funktionierende Staatlichkeit. Die Fronten im Land sind klar: Alle gegen ISIS. Andere Konflikte wie beispielsweise die innerkurdischen werden diesem Vorsatz untergeordnet. Die Regierung in Bagdad fleht seit Monaten um Unterstützung. Die vom neuen Premier angestrebte Reintegration der Sunniten braucht dringend unsere Hilfe. Gerade Deutschland, ein wichtiger Verweigerer des fatalen Kriegs Bushs im Jahr 2003 hat eine große Glaubwürdigkeit im Irak und sollte diesen Prozess der Aussöhnung politisch stärker unterstützen. Will man ISIS bekämpfen, muss man sich vor allem auf den Irak konzentrieren.

Zu lange haben die gemeinsamen Bemühungen um eine Friedenslösung für Syrien auf sich warten lassen. Sie müssen mit neuer Kraft in Angriff genommen werden, denn nur eine politische diplomatische Lösung wird die Region auf Dauer befrieden können. Syrien braucht eine breit getragene Verhandlungslösung unter Einbeziehung von Russland, dem Iran, Saudi-Arabien und den gesprächsbereiten syrischen Rebellen. Die Vereinbarungen der Wiener Syrien-Gespräche unter dem Dach der Vereinten Nationen sind ein erster Schritt in Richtung einer politischen Lösung, dem noch viele weitere folgen müssen.

Zeitgleich muss im Rahmen der Vereinten Nationen ein Waffenstillstand verhandelt werden. Die UN-Resolution zum humanitären Zugang zur syrischen Bevölkerung, zur endgültigen Zerstörung

aller Chemiewaffen und zur Beendigung der Fassbombenabwürfe muss endlich umgesetzt werden. Wir sind uns einig, dass Bashar al-Assad vor den internationalen Strafgerichtshof gehört und kein Teil einer langfristigen Lösung sein kann, auch weil mit ihm eine nationale Aussöhnung unmöglich ist.

Die internationale Gemeinschaft muss auch ISIS im Irak und Syrien durch international abgestimmte Maßnahmen stoppen. Eine Lösung des Krieges in Syrien wäre auch ein Schritt im Kampf gegen ISIS. Es herrscht ein Bürgerkrieg, der keinen Sieger kennen wird. Es braucht ein gemeinsames Handeln der internationalen Gemeinschaft. Daher ist es richtig, wenn sich Frankreichs Präsident François Hollande an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wendet, weil nur so eine politische Lösung erreicht werden kann. Für uns ist klar: Alle Maßnahmen müssen auf dem Völkerrecht und dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen beruhen.

Es braucht jetzt als Modell der Hoffnung für Abermillionen Menschen in der Region vor allem andere Staatsgründungsprojekte als den von ISIS. Nur dadurch wird ISIS sein ideologischer Nährboden entzogen werden können. Dieser muss vor allem koordiniert vom Zustrom an Geld, Waffen und Kämpfern abgeschnitten werden. Ein solcher Prozess muss jetzt begonnen werden, auch wenn er voraussichtlich lange andauern wird.

Die kurdischen Peschmerga und die PKK im Nordirak und die kurdischen PYD-Truppen in Syrien gehören zu den wichtigsten Kräften, die gegen ISIS Erfolge erzielen. Beispielhaft stehen hierfür die nordsyrische Stadt Kobane und andere Gebiete in Rojava und zuletzt die nordirakische Stadt Sindschar. Mit Luftangriffen allein wird ISIS nicht zu überwinden sein. Internationale Bodentruppen wären der falsche Weg, da ISIS genau das Ziel verfolgt, sie in diesen Kampf zu verwickeln. Im Rahmen der Gesamtstrategie müssen auch die kurdischen Regionen im Kampf gegen ISIS unterstützt werden. Die Angriffe des NATO-Partners Türkei auf kurdische Kämpfer*innen verurteilen wir. Zudem fordern wir die Türkei auf, ihr doppeltes Spiel zu beenden, und jegliche direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit ISIS einzustellen. Wir stellen fest, dass eine reale und wirksame Endverbleibskontrolle auch bei den Peschmerga nicht möglich ist.

Letztlich können wir ISIS nur bekämpfen, wenn wir seine Wurzeln und Ursachen in den Fokus nehmen und mit einer politischen Gesamtstrategie gegen den Terrorismus vorgehen. Hierbei geht es auch darum, die Fehler postkolonialistischer "Neuordnungen" durch die willkürlichen Grenzziehungen von Sykes/Picot in dieser Region nicht zu wiederholen.

Dazu gehört auch die ideologischen und finanziellen Quellen von ISIS in Saudi-Arabien und in den Golfstaaten auszutrocknen, anstatt die Mächtigen in der Region zu hofieren. Der Export von deutschen Waffen in die Region muss endlich gestoppt werden.

Wir sind in diesen Stunden bei allen Opfern von fundamentalistischem Terror und Gewalt. In diesen Tagen und Stunden gilt: #NousSommesUnis.